



MEDIENMITTEILUNG

SCHWEIZER MEDIEN – Die vom Verband im Vorfeld abgelehnte Motion zur Sicherung der staats- und demokratiepolitischen Funktionen der Medien wurde heute vom Nationalrat angenommen.

Zürich, 7. März 2012 – Der Nationalrat hat heute die Motion 12.3004 der SPK-NR Sicherung der staats- und demokratiepolitischen Funktionen der Medien mit 88 zu 77 Stimmen angenommen. Der Verband SCHWEIZER MEDIEN hat die Motion bereits im Vorfeld abgelehnt.

Der Sprecher im Rat, NR A. Gross machte mit seinen Ausführungen klar, dass es nur um Direktzahlungen zu gehen scheint. Er bemängelte den Rückgang der Vielfalt bei den Redaktionen der Printprodukte wegen unternehmerischen Überlegungen, erwähnte aber im Gegenzug nicht, dass mit dem Onlineangebot ein viel breiteres Informationsangebot als noch vor wenigen Jahren vorliegt.

Die Bundesverfassung garantiert in den Artikeln 16 und 17 die Meinungs-, Informations- und Medienfreiheit ausdrücklich. Daran ist jegliche staatliche Tätigkeit zu messen. Die Medienfreiheit gibt auch den Raum, dass Private berechtigt sind, Medien beliebig anzubieten, soweit sie nicht zum verfassungsmässig geregelten Bereich von Radio- und Fernsehen gehören.

Die Motion will den Bundesrat beauftragen, eine Gesamtschau der Medienlandschaft zu erstellen. Dies allein stellt aus medienfreiheitlicher Sicht kein Problem dar. Dass aber bereits vor dem Vorliegen des Ergebnisses einer solchen Gesamtschau ein Konzept zur Stärkung der Medien in Auftrag gegeben wird und rechtliche Grundlagen für die indirekte und direkte Medienförderung verlangt werden, erachten wir als Forderungen, welche mit der Medienfreiheit in unserem Land nicht zu vereinbaren sind.

Der Bund kann keine Fördergelder auszahlen, welche nicht mit Auflagen an den Geförderten verbunden sind. Direktzahlungen an die Medien bedeuten daher immer einen Eingriff in die unternehmerischen oder publizistischen Freiheiten, was mit dem Verfassungsgrundsatz der Medienfreiheit im Widerspruch steht. Auch unter dem Gesichtspunkt der Gewaltentrennung ist eine Einflussnahme des Staates auf die Medien, selbst unter dem Deckmantel von direkten Finanzhilfen, abzulehnen. Viel sinnvoller würden wir es erachten, die Rahmenbedingungen für die Medien zu verbessern, indem beispielsweise der staatlich finanzierte Rundfunk (Radio und Fernsehen) wie bis anhin keine Onlinewerbung verbreiten darf, die Medien bezüglich der Mehrwertsteuer weiterhin entlastet sind oder der Vertrieb der Presseerzeugnisse auch künftig durch vergünstigte Tarife gefördert wird.

SCHWEIZER MEDIEN wird sich für die Unabhängigkeit der privaten Medien einsetzen und lehnt jegliche staatliche Einflussnahme auf die Medienhäuser ausdrücklich ab.

Für weitere Auskünfte:

Urs F. Meyer, Geschäftsführer des Verbandes SCHWEIZER MEDIEN, 044 318 64 64 oder 079 622 52 25